Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 12

Artikel: Wie die bürgerliche Presse die SP-Wahlschlappe kommentierte : Wahlen 87 : soll der Mohr gehen?

Autor: Kienle, Annelise

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340528

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wahlen 87: Soll der Mohr gehen?

Von Annelise Kienle

Der verstorbene Bundesrat Wahlen hatte die Schweizerische Demokratie einmal mit einem «Döschwo» verglichen: «Schwacher Motor, aber sehr gute Bremsen.» Nicht erwähnt aber hat er jene, die diesen schwachen Motor ölen und das Funktionieren der Bremsen minutiös überwachen.

Mit den Kommentaren zu den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober könnte man ganze Bücher füllen. Das umfangreichste Kapitel aber nähme darin die SPS ein. Kaum war klar, dass die «Hoffnungswahl» für die SPS zu einer «hoffnungslosen Wahl» (Martin Schläpfer in verschiedenen Zeitungen) würde, war die bürgerliche Presse mit Analysen und vor allem mit Belehrungen schnell zur Hand. «Keine Köpfe, keine Ideen, keine Perspektiven», darin sieht Felix Müller in der «Weltwoche» den Grund, «warum Helmut Hubacher mit seiner Partei scheitern musste». Einen Schritt weiter ging die «Basler Zeitung» und schrieb einer «Erneuerung an Haupt und Gliedern» das Wort. Für den Chefredaktor des Blocherschen «Bündner Tagblatts», Urs Hangartner, schliesslich, ist die Zeit der Sozialdemokraten schlicht vorbei: «Umweltschützer wählen grün, Arbeiter bürgerlich, lediglich Intellektuelle scheinen noch Zugang zur SP zu finden. Und dieses Wählerpotential dürfte für die Zukunft wohl kaum ausreichen.»

Inhaltliche Neubestimmung

Die «Weltwoche» glaubt auch dafür den Grund gefunden zu haben. Er liege im «Niedergang der klassischen sozialdemokratischen Thematik» und darin, dass die SP es unterlassen habe, «diese Einsicht als Anlass zu einer inhaltlichen Um- und Neubestimmung zu nutzen – ganz im Gegensatz zur FDP, die mit 'Mehr Freiheit – weniger Staat' der politischen Debatte eine neue Richtung zu geben verstand.» Verstärkt werden solche Meinungen durch genüsslich weitergegebene Äusserungen prominenter Parteimitglieder der SP: «Die Sozialdemokratie scheint im Herbst ihrer Geschichte zu stehen», so Rudolf H. Strahm in der «Weltwoche». Und wenn er posaunt: «Die SPS braucht eine neue Führung», welches bürgerliche Blatt würde solche Sätze ihren Lesern schon vorenthalten?

«Zweifellos braucht die SPS eine neue Führung», diese Überzeugung gibt Rudolf H. Strahm auch den Lesern der «Sonntags- Zeitung» weiter. «Aber es braucht nicht einfach einen neuen Kopf, es braucht ein ganz neues Team in der Parteileitung, es braucht professionellere Methoden im Verbandsmanagement. Und es braucht harte, sehr harte Arbeit.» Strahms Begründung: «Ich stelle fest, dass in diesem Wahlkampf niemand die berufliche Betroffenheit der breiten Arbeitnehmerschichten zum Thema gemacht hat.» Er stellt eine Sozialdemokratie fest, «die keine eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellung präsentiert, wie eine Schweiz mitten in der dritten industriellen Revolution zu gestalten sei».

Dies sagt nicht einer, der der SPS nur am Rande angehört, sondern einer, der bis 1985 als Zentralsekretär im Zentrum sass und hier vor allem für die Wirtschaftspolitik der Partei verantwortlich zeichnete. Heute aber schreibt er in der «Weltwoche»: Er denke, «die Exponenten der Zentrumsgruppe (zu der er sich auch zählt, A.K.) sollten sich nicht wie bisher auf ihre Fachbereiche beschränken, sondern auch Verantwortung in der Gesamtpartei übernehmen». Die Schöpfer solcher Zukunftsperspektiven sind nämlich laut Strahm «von der Parteileitung eher ausgegrenzt» worden, laut Strahms Text in der «Weltwoche» sogar «weitgehend». Als Beweis für diese These kann der ehemalige Zentralsekretär allerdings nur wenig vorlegen, eines aber doch: «Über mein Buch, das 'Wechseln der Räder am fahrenden Zug' sind zwar erfreulicherweise mehr Kommentare geschrieben worden, als das Werk Seiten zählt; aber zu den darin enthaltenen wirtschaftspolitischen Perspektiven übten sich fast alle Genossen in allen Landessprachen in Sendepause!» Rudolf H. Strahm schwieg allerdings selbst sehr beredt, als im schweizerischen Parteivorstand nach den Wahlen ausgerechnet über Wirtschaftspolitik diskutiert wurde... Sicher, solche Diskussionen sind für die SP und ihre Zukunft wichtig, aber müssen sie tatsächlich in den bürgerlichen Blättern stattfinden?

Historische Schuldigkeit

Was aber soll die SPS nach dem Wunschdenken bürgerlicher Kommentatoren tun? Die wohl

einfachste Lösung bietet das Mitglied der Ringier-Geschäftsleitung, der Lobbyist Frank A. Meyer im «SonntagsBlick»: «Lacoste statt Marx», heisst seine These. Die «neue Mittelschicht» signalisiere ihre «Lebenslust» eben mit «Lacoste, Armani und Versace». Dabei allerdings muss es sich um eine recht wohlhabende Mittelschicht handeln, zumindest nach den Preisen solcher exklusiver Modeschöpfer beurteilt. Obwohl Land auf Land ab vor «Schadenfreude wegen des Wahldebakels der SPS» gewarnt wurde, am liebsten hätten es die bürgerlichen Kommentatoren doch mit Ralf Dahrendorf, der in seinem Buch «Die Chancen der Krise» behauptet hatte, der sozialdemokratische Mohr habe seine historische Schuldigkeit getan und könne nun von der Weltbühne abgehen.

Wie aber sah diese Presse noch kurz vor den Wahlen aus? Der «Tages-Anzeiger» kreierte das Wort der «Hoffnungswahl» und sprach von einer massiven Verschiebung der politischen Kräfte bei den Herbstwahlen. Der Chef der Inlandredaktion war von dieser These derart angetan, dass er sie auch in einem Buch verbreiten liess. Rot-grün heisse der Wahlsieger, wurde da prognostiziert. Meinungsumfragen gaben ihm recht. Umweltfragen waren immer mehr ins Zentrum gerückt, soll man den Soziologen und ihren Befragungen glauben, Tschernobyl und Schweizerhalle liessen angeblich das Vertrauen in den bürgerlich dominierten Staat schwinden. Und auch die grünen Erfolge bei den Wahlen in verschiedenen Kantonen im letzten Frühling mussten für solche Prognosen herhalten.

«So grün wird die Schweiz» titelte Ringiers «Schweizer Illustrierte» noch eine Woche vor der Wahl. Und Ringiers «Blick» liess die SP als Siegerin kränzen, noch bevor der Schlussgang überhaupt begonnen hatte. Mehr noch: Es war die Presse, die Umweltthemen klar ins Zentrum ihres Wahlkampfes stellte, andere Themen z.B. sozialpolitische, fanden hier fast nicht statt, obwohl sie gerade von der SPS aufgeworfen worden sind. Nach geschlagener Schlacht aber konnte man in zahlreichen Analysen lesen, die SP selbst hätte ihre sozialpolitischen Anliegen links liegenlassen.

Das Gegenteil erreicht

Die Hoffnungswahl war von den Medien herbeigeschrieben und – zugegebenermassen – auch von einigen SP-Exponenten aufgenommen worden. Damit aber wurde genau das Gegenteil erreicht. Journalisten, die von sich behaupten, der SP wohlgesinnt zu sein, müssten aus ihrer beruflichen und politischen Erfahrung wissen, was die Folgen sind: Statt die Hoffenden zu ermutigen, werden mit solchen Aktionen in erster Linie die bürgerlichen Wähler mobilisiert und an die Urne getrieben. Die links-grünen Wähler aber mussten am Urnengang erst gar nicht teilnehmen, der Sieg ihrer Linie war ja als feststehend vorausgesagt worden. Walter Schnieper formuliert das Resultat dieser Mobilisierung in der LNN zynisch: «Wer zu Hause blieb, hatte recht – es hat sich nichts geändert. Ein paar grüne Köpfe mehr, einige bunte Tupfer dazu im neuen Nationalrat, das ist alles. Die Grün-Linken werden ein kleiner Trupp bleiben. Die erdrükkende bürgerliche Mehrheit hat die Schweiz weiterhin im Griff.»

Kopfsalat

46 Prozent der Wähler, so ergab eine Umfrage kurz nach der Wahl, entschieden sich nicht für Parteien oder Programme, sondern für Köpfe. Die Medien hatten dies seit Jahren gefördert. Sie wünschen sich politische Einzelmasken, mit ihnen lässt sich leichter umspringen, als mit umfangreichen Programmen und Konzepten. Sich mit den Stärken und – vor allem – den Schwächen, aber auch dem Privatleben von Politikern auseinanderzusetzen, ist in den Augen vieler Journalisten lesergerechter. Das Fernsehen und die zahlreichen Radiostationen haben dieser Personalisierung der Politik noch Vorschub geleistet. Bei dieser Art der Aufbereitung von politischen Stoffen, von Zukunftsfragen, steht auch ein Stück journalistische Berufsethik zur Debatte.

Bürgerliche Politiker kann diese Personifizierung kaum stören, im Gegenteil. Ihre Köpfe werbemässig zu verkaufen, statt zu Inhalten Stellung zu nehmen, fällt ihnen nicht schwer. Das dazu nötige Geld ist auch zur Genüge vorhanden. Im vergangenen Wahlkampf haben denn auch verschiedene Parteien, angesprochen auf ihr finanzielles Engagement, offen zugegeben, dass solche Angaben nicht so leicht zu bieten seien, da die Kandidaten vieles für ihren Wahlkampf aus dem eigenen Sack bezahlten. So genügen denn ein gut gestyltes Bild und einige gängige Sprüche, nicht von Politikern als Kernsätze ihrer Politik geschrieben, sondern von Werbebüros aufgrund von Trenduntersuchungen wohl formuliert.

Politik wird so aber zum Geschäft einiger weniger. Die grosse Öffentlichkeit geht sie nicht mehr an. Auf die Spitze getrieben wurde dieses Konzept in Basel, wo das Fast-Monopolblatt «Basler Zeitung» es fertigbrachte, den Wahlkampf ganz aus ihren täglichen Seiten zu verbannen und in einer insgesamt 120 Seiten starken, alles andere als leserfreundlich auf-

gemachten Beilage zu verstecken. Und auch hier wurden Köpfe verkauft – schön alphabetisch eingereiht, nicht etwa nach Parteien und Programmen. Und dies in einer Stadt, in der sich die Bürgerlichen konsequent weigerten, auf die politische Diskussion überhaupt einzusteigen. Wahlen aber erhalten nach einem solchen Konzept gleichen Stellenwert wie eine elitäre, nicht für den Durchschnitt der Bevölkerung bestimmte Sonderausstellung in der Mustermesse, oder wie unerschwingliche Entwürfe genialer Modeschöpfer (Armani oder Versace); mit dem einzigen Unterschied, dass Politikerköpfe (noch) nicht auf Hochglanz in den Zeitungen daherkommen.
Dass die bürgerliche Presse kurz vor der Wahl die Personaldiskussion um den Nachfolger von Bundesrat Pierre Aubert aufnahm, passt ebenfalls in dieses Konzept. In einer Zeit, in der die Stimmung für die SP gut war und auf Wechsel- oder Gelegenheitswähler übergehen sollte, konnte man mit ekelhaften Personaldiskussionen alles zunichte machen. Die Art und Weise, wie diese Diskussion aufgenommen wurde, passt ebenfalls ins Gesamtbild: Während die zahlreichen möglichen Schlumpfnachfolger in ihren Kantonen als Wahllokomotiven dienten – etwa Hans-Rudolf Nebiker im Baselbiet –, wurden mögliche SP-Kandidaten als Konkurrenten charakterisiert und daraus Flügelkämpfe abgeleitet. Und wieder fand sich eine Zeitung bereit, den Bürgerlichen die Dreckarbeit abzunehmen: Das – in der Zwischenzeit eingegangene – «Sonntagsblatt» grub alte Geschichten über den Spitzenkandidaten Christian Grobet aus und bewarf ihn und die Partei mit Schmutz. Dass dann nach den Wahlen auch noch René Felber – diesmal mit Filmrollen seiner Tochter – ins schiefe Licht gerückt wurde, rundet dieses Bild nur ab. Solche Schmierengeschichten aber widern die Stimmberechtigten an. Doch die Zeche zahlten nicht die Zeitungen, sondern die SPS.

Auf Gedeih und Verderb abhängig

Eines wird und wurde in diesem Wahlkampf wieder einmal besonders deutlich: Die SPS ist auf Gedeih oder Verderb von der bürgerlichen Presse und ihrem Wohlwollen abhängig. Die eigenen Zeitungen sind viel zu klein und viel zu schwach, um die nötigen Gegengewichte zu setzen. Die Gewerkschaftszeitungen auf der andern Seite haben selbst bei ihren Abonnenten nur einen sehr schwachen Beachtungsgrad.
Dass die SP besonders in jenen Regionen schwach ist, in der sie keine eigene Zeitung mehr hat, mag Zufall sein, muss es aber nicht. Im grossen Spiel um Abonnenten, Werbeeinnahmen und Auflagen, aber auch im Konzentrationsprozess auf dem Medienmarkt hat die SP schon lange nichts mehr zu sagen. Sie gehört nicht mehr dazu und ist so nur das beliebte Opfer. Auch die wenigen eigenen Zeitungen setzen sich viel zu wenig mit den Programmen der politischen Gegner auseinander. Und wo sie es tun, geschieht dies fast unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Wenn etwa der Präsident der SP Winterthur, Hans Jakob Mosimann, in einem Interview nach den Wahlen die Niederlage darauf zurückführt, «dass man die Ideologie der SP nicht vermitteln konnte», spricht er genau dieses Problem an.

Dankend angenommen

Jahrelang hat es die bürgerliche Presse und Politik fertiggebracht, umweltgerechtes Verhalten als «Verzicht» zu deklarieren. Diese Wortwahl ist nicht Zufall, sondern Ideologie, genauso wie man heute von «Waldsterben» spricht, ehrlicherweise aber «Waldmord» sagen müsste. Wer aber nicht selbst erlebt hat, welchen persönlichen Gewinn, welche innere Befriedigung aus naturnahem Verhalten wachsen kann, glaubt den Unheilsbotschaften nur allzu gern. Und wenn die bürgerlichen Parteien es fertig bringen, dem Wähler über alle Medien zu suggerieren, es könne alles so weitergehen wie bisher, und dies dann als Umweltpolitik verkaufen, wen wunderts da, dass die Stimmbürger dankend annehmen?
Ins gleiche Kapitel gehört wohl auch, dass die bürgerlichen Kommentatoren behaupteten, die SP hätte kurz vor den Wahlen den grünen Zug entdeckt und sei noch schnell aufgesprungen. Sie verschweigen dabei wohlweislich, dass die SP im Wahlkampf nur jene Politik weiterführte, die ihre Fraktion in den letzten vier Jahren geleistet hat und wie sie bereits im Programm von 1980 festgelegt wurde. Dass die SPS in diesem Wahlkampf genauso viel Gewicht auf Sozialfragen legte, wollen die bürgerlichen Blätter nicht festgestellt haben. Doch solchen Unterlassungen kann die SPS kaum begegnen. Die Presse nimmt Erwiderungen nur auf, wenn es ihr beliebt, die SPS ihrerseits schafft es kaum mehr, direkt an den Wähler zu gelangen.

Schicksal der Sozialdemokratie

«Die moderne Gesellschaft entwickelt sich, indem sie alte Probleme löst und damit neue schafft, die sie wieder lösen muss, womit sie wieder neue schafft usw. Das ist das Prinzip des technischen Fortschritts ebenso wie des sozialen. Es ist damit auch das Schicksal der Sozialdemokratie. Sie hat alte

Fragen beantwortet, indem sie entscheidend dazu beigetragen hat, zum Systemaufbau und zur Modernisierung, zum Aufstieg der Arbeitnehmer-Mittelschichtgesellschaft und zur beruflichen und persönlichen Emanzipation der Arbeitnehmer. Eben diese Erfolge haben zu neuen sozialen und Systemfragen geführt. Es gibt für die Sozialdemokratie wohl kaum einen anderen Weg als den, neuen Herausforderungen wiederum auf sozialdemokratische Weise zu begegnen. Das Umdenken, das die historische Situation der Sozialdemokratie abverlangt, bedeutet nicht, ihre Grundideen und Grundwerte aufzugeben, sondern sich ihrer zu vergewissern und sie auf die veränderte Situation neu anzuwenden.» Dies sagte der Publizist und Dozent an der Freien Universität Berlin, Joseph Huber, an einem Zukunftskongress der SPÖ (Vergleiche Rote Revue, Nr. 11/87)

In eine solche Analyse aber gehört das Verhältnis der SP zu den Medien, und zwar an einen zentralen Platz. Um zu Wahlens «Döschwo» zurückzukommen: Die SPS kann für den ohnehin schon schwachen Motor nicht einmal das Öl liefern, sie kann nur den Lieferanten auf die Finger schauen.

Vierzehn Neue ziehen für die SPS nach Bern

Die Fraktion ist stark verjüngt

Hans Kaspar Schiesser stellt die Neuen vor

Fast jedes Mitglied der SP-Fraktion wird ab Dezember 1987 neu in Bern sein: 13 von 41. (Wenn davon abgesehen wird, dass Jean Ziegler bereits vier Legislaturperioden bis 1983 hinter sich hat.) Dies dürfte eine der gründlichsten Erneuerungen der Bundeshausfraktion der Sozialdemokraten sein: 1983 hatte das Verhältnis noch neun Neue auf 47 betragen, also bloss ein Fünftel. Die Neuen haben zwar – gemäss den «grünen» Vorzeichen dieser Wahlen – zu einem beträchtlichen Teil ihre Stärken in ökologischen Fragen. Dennoch sind auch profilierte Sozial- und WirtschaftspolitikerInnen dazugekommen – Francis Matthey, Gret Haller, Arthur Züger, Ursula Bäumlin oder Michel Béguelin. So ergeben sich für die neue Fraktion einige Kennzeichen, die über die Wahlniederlage hinaus dennoch deutliche Pluspunkte sind:

- keine andere Fraktion weist absolut auch nur annähernd so viele SozialpolitikerInnen auf;
- keine andere Fraktion weist absolut auch nur annähernd so viele UmweltpolitikerInnen auf;
- keine andere Fraktion weist auch nur annähernd so viele Frauen (SP = 12 von 41!) auf;
- keine andere grosse Fraktion dürfte über eine so homogene und junge Fraktion verfügen.

Wieviel Kompetenz die Neuen nach Bern bringen, wie lang ihre Praxis in traditionellen und neuen Fragen der SP schon ist und wie vielfältig sich das Bild trotz aller politischer Homogenität präsentiert, weisen die folgenden Kurzbiographien der Neuen nach.

Ursula Bäumlin, Bern

Die 49jährige Stadtbernerin Ursula Bäumlin wuchs in Muri/BE auf. Sie studierte in Bern und Basel Theologie und schloss später in Bern noch ein Studium der Geschichte an, das sie mit dem lic.phil.hist. abschloss.

Ursula Bäumlin ist Stadträtin in Bern, Abgeordnete in der Kantonalsynode und Mitglied des Fraktionsvorstandes. Ihre politischen Schwerpunkte setzt sie vor allem auf den Gebieten der Asyl-, der Verkehrs-, der Sozial- und der Umweltpolitik. Sie ist Mitglied des VPOD, der IG Velo und bereits seit Mitte der siebziger Jahre in der Anti-Atombewegung tätig. Die neue Nationalrätin ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Michel Béguelin, Waadt

Der 52jährige Sohn einer Eisenbahnerfamilie wuchs in Cossonay, Palézieux und Renens (VD) auf. Nach dem Collège scientifique in Lausanne absolvierte er eine Lehre als Stationsbeamter und diente neun Jahre in der Romandie und in Wald/ZH. Darauf folgten 14 Jahre in der Kreisdirektion I der SBB in Lausanne. Nachdem er dort erfolgreich die Gleitzeit eingeführt hatte, berief ihn der SEV 1976 als Sekretär nach Bern. Seit 1981 ist er auch verantwortlicher Redaktor des «Cheminot», der welschen SEV-Zeitung.

Der frischgebackene Nationalrat war ab 1976 Präsident der Energiekommission der SP Waadt, seit 1982 der Transportkommission. Seine Schwerpunkte sind Verkehrs-, Energie- und Wirtschaftspolitik sowie das Sozialwesen.

Béguelin ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz.